
Protokoll der Vollversammlung der LaKof NRW vom 29.03.2006 im Schloss Mickeln, Düsseldorf

Beginn: 10.00 Uhr
Ende: 18.00 Uhr
Moderation: Sanda Grätz
Protokoll: Ira Künnecke
Eine Liste der Teilnehmerinnen ist dem Protokoll beigelegt.

- ÖFFENTLICHER TEIL -

TOP 1: Eröffnung der Vollversammlung und Begrüßung

Gabriele Drechsel begrüßt im Namen der Sprecherinnen die Teilnehmerinnen zur Vollversammlung und stellt die heutige Gastgeberin und Moderatorin, Sanda Grätz, vor. Sanda Grätz, Gleichstellungsbeauftragte der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, begrüßt als Gastgeberin die Teilnehmerinnen sowie Referentinnen und Referenten in Schloss Mickeln. Dr. Hildegard Hammer, Prorektorin für Lehre, Studium und Studienreform der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, begrüßt die Gäste.

TOP 2: Regularien

Die mit der Einladung versandte Tagesordnung wird mit folgenden Änderungen und Ergänzungen angenommen:

- Die unter TOP 4 vorgesehene Referentin Anneliese Niehoff ist erkrankt. Statt ihrer wird Frau Dr. Lohkamp vom MIWFT zum Thema „Zielvereinbarungen III“ Aktuelles aus dem Ministerium berichten.
- Als TOP 7.2 wird ein Initiativantrag der Sprecherinnen neu aufgenommen. Der Inhalt wird im nicht-öffentlichen Teil erläutert.

Das Protokoll der Vollversammlung vom 17./18.10.2005 wird ohne Einwände angenommen. Das Protokoll der heutigen Sitzung erstellt Ira Künnecke.

TOP 3: Eckpunkte des Hochschulfreiheitsgesetzes

MD Heiner Kleffner vom MIWFT ist kurzfristig verhindert. Statt seiner stellt *MR Dr. Joachim Goebel* die Eckpunkte des Hochschulfreiheitsgesetzes (HFG) vor.

Das HFG bringe für die NRW-Hochschulen eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit, mehr Flexibilität und Schnelligkeit sowie eine bessere Entfaltung des Potentials.

Als wesentliche Eckpunkte seien zu verzeichnen:

- Allgemeine Rechtsstellung der Hochschulen: Die Hochschulen werden reine Körperschaften des öffentlichen Rechts. Ihnen obliegt zukünftig die volle Finanz- und Personalhoheit.
- Leistungsstrukturen: Das HFG beinhalte eine klarere Aufgaben- und Verantwortungsverteilung und bewirke eine stärkere organisatorische Anbindung an das wirtschaftliche Umfeld.
- Verhältnis Staat-Hochschule: Der Staat behält die reine Rechtsaufsicht, hat aber keine Fachaufsicht mehr. Das Land NRW zieht sich komplett aus der Detailsteuerung der Hochschulen zurück – ein bundesweit bislang einmaliges Modell.
- Persönliche Rechtsstellung der Mitarbeiter/innen: Die Hochschule wird zur Arbeitgeberin. Das neue Arbeitsverhältnis beinhalte keine Änderung der Rechte und Pflichten. Betriebsbedingte Kündigungen seien ausgeschlossen bzw. nur möglich, wenn der Mitarbeiterin/dem Mitarbeiter ein adäquater Arbeitsplatz in der Hochschule oder dem Umfeld angeboten werde und dieser abgelehnt würde.

Dr. Goebel weist darauf hin, dass eine öffentliche Beteiligung im Rahmen der Anhörungsfrist (bis 18.04.2006) zum Gesetzentwurf vom Ministerium ausdrücklich erwünscht sei.

Es schließt sich eine Diskussion mit dem Auditorium zu den Inhalten des HFG an. Die Diskussionspunkte sind im folgenden thematisch zusammengefasst:

Thema, Fragen & Kritikpunkte aus der LaKof	Antwort Dr. Goebel
Die Anhörungszeit bis 18.04. ist viel zu kurz angesetzt, eine Beteiligung der Gruppen innerhalb der Hochschulen ist kaum möglich (auch aufgrund der Semesterferien).	6 Wochen Frist sind als ausreichend zu betrachten. Der Gesetzgeber unterliegt Zwängen durch die Haushaltsfristen (Gesetz soll zum 1.1.07 in Kraft treten).
Hochschulrat: <ul style="list-style-type: none"> • Der Hochschulrat hat Dienstherreneigenschaft und entzieht sich jeder demokratischen Kontrolle. Die Zusammensetzung ist kritisch zu sehen, wie werden z.B. Arbeitnehmerinteressen vertreten? • Wird der Hochschulrat geschlechterparitätisch besetzt? 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Hochschulrat erfährt seine demokratische Kontrolle durch den Akt des Gewähltwerdens. Er ist ein Organ der Hochschule. Die Zusammensetzung wird vom Staat nicht reguliert, da man hohes Vertrauen in die Hochschulen habe.
§ 24, Gleichstellungsbeauftragte: <ul style="list-style-type: none"> • Eine Pflicht zur Fachb.-GB und deren Bestellung sind äußerst kritisch zu sehen, schwer zu realisieren, zudem eine totale Schwächung der zentralen GB mit dem Verzicht auf deren Kompetenz und Erfahrung. Werden Fachbereichsgleichstellungsbeauftragte mit dem HFG Pflicht? • Das vorgesehene Stimmrecht im Senat ist halbherzig. Warum ist die GB nicht in allen Gremien verankert, insbesondere im Hochschulrat? • Gegenstimme: Stimmrecht ist kontraproduktiv. • Aus dem LGG ergibt sich der Sitz der GB im Hochschulrat, d.h. dort, wo gesteuert wird, ebenso wie die paritätische Besetzung der Gremien, das muss im HFG genannt werden. • Ist die GB zu den Sitzungen des Hochschulrates wie ein Mitglied zu laden? 	<ul style="list-style-type: none"> • Ja, es muss sie geben. Wenn sich keine findet, wird eine bestellt. Das heißt aber nicht, dass die zentrale GB nicht mehr an Berufungsverfahren teilnehmen kann. Die zentrale GB kann über Regelungen in den Berufsordnungen an Berufungen teilnehmen. • Die Stellung der GB wird durch das Stimmrecht im Senat und Fakultätsrat gestärkt. Funktionen und Aufgaben der Gremien sollen getrennt werden. Die GB steht als Funktion neben der Gremienstruktur. Wenn sie überall Mitglied wäre, käme es zu einer Vermischung der Funktionen. Das Stimmrecht der GB ist an und für sich schon verfassungsrechtlich problematisch, da sie nicht von allen HS-Mitgliedern gewählt wird. • Verweis auf das LGG („Im übrigen gilt das LGG“). Nicht klar zu beantworten.

<ul style="list-style-type: none"> • Die Einschränkung der wählbaren GB auf Hochschulabsolventinnen ist abzulehnen. Vertretung der Gruppen z.B. über Stellvertreterinnen dann nicht mehr gegeben. Wählbarer Personenkreis wird unzumutbar eingeschränkt. • Wie sind das Wahlamt der GB und die Pflicht zur hochschulweiten Ausschreibung vereinbar? 	<p>Hochschulrat ist Organ der Hochschule, ob er auch ein Gremium im Sinne des LGG ist, muss juristisch geprüft werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verpflichtung zum Hochschulabschluss trägt der Aufgabe Rechnung. Der Status der GB innerhalb der Hochschule wird erhöht. Auch die Stellvertreterinnen benötigen einen Hochschulabschluss. • Eine Wahlausschreibung genügt diesem Passus.
Wie sieht es mit dem Sondervotum der GB zukünftig aus?	Die GB können sich mit der Bitte um eine rechtsaufsichtliche Prüfung weiterhin ans Ministerium wenden. Ob das Verfahren dadurch gestoppt wird, hängt vom Einzelfall ab.
Beschäftigtenschutz gilt nicht für befristet Beschäftigte; Aushebelung des Flächentarifvertrags	Flächentarifvertrag soll gerade nicht ausgehebelt werden
Warum kommt die Gleichstellungskommission im HFG nicht vor?	Redundanzen vermeiden; Gleichstellungskommission ist im LGG vorgesehen. LGG gilt weiterhin.
Ist die geschlechterdifferenzierte Gesetzesfolgenabschätzung im Gesetzgebungsverfahren gesichert?	Die Frage wird ins MIWFT getragen. Frau Dr. Lohkamp ergänzt, dass das HFG im Hause durch ihre Beteiligung gegendert werde.
Der staatliche Einfluss ist z.B. durch die Kapazitätsverordnungen weiterhin hoch.	Das Gesetz sieht einzelne Instrumente vor, mit denen es seiner Verantwortung nachkommt.
Wird eine Teilzeitprofessur möglich (§ 39)?	Ja.
Anregung: In den §§ 37/38 die Formulierung „...im <i>Benahmen</i> mit der Gleichstellungsbeauftragten“ einfügen	

Weitere Zeitplanung LaKof:

Die Gleichstellungsbeauftragten werden gebeten, ihre evtl. Stellungnahmen und Vorschläge mit den wichtigsten Punkten zeitnah an die Sprecherinnen zu mailen. Die Sprecherinnen erstellen voraussichtlich in der ersten April-Woche einen Entwurf einer Stellungnahme zum HFG. Der Entwurf soll dann in die Runde der Gleichstellungsbeauftragten gehen m.d.B. um Rückmeldung. Innerhalb der LaKof strittige Punkte (z.B. Stimmrecht) sollen rausgelassen werden. Bis 18.04.06 soll die LaKof-Stellungnahme ins MIWFT gehen.

TOP 4: Zielvereinbarungen III

Frau Dr. Lohkamp stellt die im MIWFT vereinbarten Parameter zum Gender Mainstreaming vor, die in den Zielvereinbarungen der Generation III zwischen Hochschulen und Ministerium Berücksichtigung finden sollen. Die Zielvereinbarungen würden als Controllinginstrument verstanden. 5 % des Gesamtetats einer Hochschule werden an die Erfüllung der Zielvereinbarungen gekoppelt. Von diesen 5 % sind wiederum 10 % an die Erfüllung der Zielvereinbarungen im Bereich Gleichstellung und Gender Mainstreaming gebunden. Dafür werde Gleichstellung als Verteilungskriterium aus der leistungsorientierten Mittelvergabe herausgenommen.

Folgende drei Parameter sind im Bereich Gleichstellung und Gender Mainstreaming von den Hochschulleitungen in Zusammenarbeit mit den Gleichstellungsbeauftragten zu füllen:

Gender Mainstreaming

- **Berufung von Professorinnen**

In der xxx (Hochschule) sind im Zeitraum zwischen 2006 bis einschließlich 2009 xxx Professuren zu besetzen. Um den Frauenanteil bei den Professuren deutlich zu erhöhen, sollen xxx dieser Stellen mit Wissenschaftlerinnen besetzt werden.

Bei Universitäten mit einer medizinischen Fakultät sollen die Angaben getrennt für die Hochschule und für die Medizin aufgeführt werden.

- **Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten**

Die xxx Hochschule stellt der Gleichstellungsbeauftragten jährlich xxx € für ihre Arbeit zur Verfügung.

- **Gender Studies in Forschung und Lehre**

Im Kontext der Implementierung von Gender Mainstreaming in Lehre und Forschung soll im Studiengang xxx eine Professur für Gender Studies besetzt werden /(und/oder) ein Gendermodul in den Studiengang xxx integriert werden /(und/oder) eine Gastprofessur eingerichtet oder verstetigt werden / (und/oder) Lehraufträge vergeben werden.

Bei Nichterfüllung der vereinbarten Ziele muss die Hochschule eine Begründung liefern. Frau Dr. Lohkamp werde bei den Zielvereinbarungsgesprächen dabei sein und auf eine angemessene Konkretisierung bei den GM-Parametern achten.

Der Parameter „Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten“ sollte nicht die personelle und sächliche Ausstattung der GB beinhalten, da die Hochschule nach dem LGG verpflichtet ist, die GB mit der nötigen Infrastruktur auszustatten.

Frau Dr. Lohkamp bittet die Gleichstellungsbeauftragten darum, die Parameter in Abstimmung mit der Hochschulleitung zu füllen und ihr zurück zu melden. Die Rückmeldefrist wird auf Bitte der LaKof-Mitglieder auf Mitte Mai festgelegt.

Ebenso werden die Gleichstellungsbeauftragten um ihre Einschätzung zur Gewichtung der einzelnen Parameter gebeten – diese Rückmeldung sollte möglichst zeitnah an Frau Dr. Lohkamp erfolgen.

Die Mitglieder der LaKof bedanken sich bei Frau Dr. Lohkamp für Ihren Einsatz zur Verankerung der GM-Parameter in den Zielvereinbarungen III.

TOP 5: Parallele Workshops

Workshop I: Verwendung von Studiengebühren unter Gleichstellungsaspekten

Impulsreferat: Klemens Himpele, Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie, Köln

Moderation: Marlies Diepelt

Auftrag an die Sprecherinnen:

Aus dem Workshop I ergeht die Bitte an die Vollversammlung, die Sprecherinnen mit der Erstellung eines Rasters zu Modellen der Verwendung von Studiengebühren zu beauftragen. Die Vollversammlung stimmt dem entsprechenden Auftrag zu.

Workshop II: Gleichstellungsaspekte und Studiauswahlverfahren

Impulsreferat: Herr Cort-Denis Hachmeister, CHE

Moderation: Gabriele Kirschbaum

Die Referate sind dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Für Rückfragen zu den einzelnen Workshops können sich Interessentinnen an die Moderatorinnen Marlies Diepelt und Gabriele Kirschbaum wenden.

TOP 6: Berichte aus Bund, Land, Hochschulen

1) Berichte von der Landesebene

Bericht aus dem MIWFT (Dr. Brigitte Lohkamp und Silvia Boßmann)

- Frau Dr. Lohkamp weist darauf hin, dass im gerade verabschiedeten Studienbeitragsgesetz die Möglichkeit zum Teilzeitstudium berücksichtigt sei. Zusammen mit dem HFG werde somit für die Hochschulen die Einrichtung von Teilzeitstudiengängen möglich.
- Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat die Forderung erhoben, dass bei Forschungsvorhaben auf Kinderbetreuung für die Kinder der beteiligten WissenschaftlerInnen geachtet werden solle.
- Frau Dr. Lohkamp weist noch einmal auf die Studie des Netzwerks Frauenforschung NRW zur Implementierung von Gender Modulen in der Akkreditierung hin. Bis Ende 2006 sollen als Ergebnis der Studie Schemata für die Akkreditierung von Studiengängen unter Gender Aspekten auf die Webseite des Netzwerks Frauenforschung eingestellt werden.
- Bzgl. einer Anfrage aus einer Hochschule zum Thema nicht ausreichende Überlappung von Schulferienzeiten und vorlesungsfreien Zeiten erklärt Frau Dr. Lohkamp, dass 3 Wochen gemeinsame Ferienzeit in jedem Fall gegeben ist.
- Frau Dr. Lohkamp berichtet von einem Schreiben des MIWFT an die Hochschulleitungen, in dem diese um Material für die *Zehnte Fortschreibung des Datenmaterials zu Frauen in Führungspositionen an Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen* gebeten wurden. Der Rücklauf sei bisher äußerst mäßig, was bedauerlich sei, da fehlende Daten aus NRW zu einer Verzerrung des Bund-Länder-Berichts führten. Frau Dr. Lohkamp werde die Anfrage noch einmal über die Koordinierungsstelle zur Kenntnis an die Gleichstellungsbeauftragten weiterleiten.
- Frau Boßmann weist darauf hin, dass die HWP-Mittel für 2006 bisher nur in einer ersten Rate vom Land freigegeben wurden. Mit der 2. Rate sei im Juli 2006 zu rechnen. Neue Projektanträge auf HWP-Mittel 2006 können bis Ende Juni eingereicht werden. Nach der Bedienung der laufenden Projekte werde das MIWFT einen Kassensturz machen, welche neuen Projektanträge noch zusätzlich bedient werden könnten. Entscheidungskriterien seien dabei die Qualität der Projekte, die Dringlichkeit der Maßnahme sowie die Höhe der bereits erhaltenen Mittel.
- Frau Dr. Lohkamp gibt bekannt, dass das Lehrbeauftragtenprogramm an Fachhochschulen bereits mit dem Sommersemester 2006 auslaufe.

Anhörung Studiengebühren 26.01.2006 (Dr. Ute Zimmermann)

Ein Bericht zu der Anhörung ist im LaKof-Newsletter Nr. 1/2006 zu finden. Die Stellungnahme der LaKof ist den Gleichstellungsbeauftragten per Mail zugegangen und kann über die Webseite der LaKof heruntergeladen werden.

Gespräch mit dem Arbeitskreis Frauenpolitik der CDU-Landtagsfraktion am 01.12.2005 (Marlies Diepelt)

Für die Sprecherinnen haben Marlies Diepelt und Dr. Ute Zimmermann teilgenommen. Sie bewerten das Gespräch als unergiebig, da von Seiten der CDU-Politikerinnen kein wirkliches Interesse und keine möglichen Konsequenzen aus dem Gespräch zu erkennen gewesen seien.

Gespräch mit Dr. Ruth Seidl, wissenschaftspolitische Sprecherin der GRÜNEN-Landtagsfraktion, am 14.03.2006 (Gabriele Kirschbaum)

Die Teilnehmerinnen Gabi Kirschbaum und Dr. Ute Zimmermann bewerten das Gespräch als sehr konstruktiv und offen. Schwerpunktthema sei das Hochschulfreiheitsgesetz gewesen. Die GRÜNEN im Landtag NRW bereiten für den Herbst 2006 eine Große Anfrage zum Thema Frauen und Hochschule vor und haben die LaKof hierzu um ihre Expertise gebeten.

In diesem Zusammenhang stehe der Initiativantrag, der später unter TOP 7.2 behandelt werde.

Gespräch mit Minister Pinkwart am 31.01.2006 (Dr. Ute Zimmermann)

Der Gesprächseinladung des Ministers sind alle Sprecherinnen gefolgt. Weitere Teilnehmerinnen waren Frau Dr. Lohkamp, Frau Boßmann und die Referentin des Ministers. Die Gesprächsatmosphäre war sehr angenehm und von einer offenen Kommunikation geprägt. Themen waren das HFG, HWP sowie Work-Life-Balance.

- Zum HFG: Bei Berufungen will das MIWFT nur noch qualitätssichernde Vorgaben machen, der Einvernehmensvorbehalt bei Sondervoten der GB entfällt. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Vorgaben auch auf den Bereich der Gleichstellung und Herstellung von Chancengleichheit beziehen. Das Ministerium habe weiterhin die Rechtsaufsicht, könne also bei Verstößen gegen das LGG angerufen werden. Das HFG würde klare Rahmenbedingungen setzen und Redundanzen vermeiden, d.h. Regelungen, die in anderen Gesetzen enthalten sind, entfallen hier. Inhaltliche Anreize würden über Zielvereinbarungen mit finanziellen Sanktionen und die leistungsorientierte Mittelvergabe gegeben. Frau Dr. Lohkamp kündigte das geplante Stimmrecht für die Gleichstellungsbeauftragten im Senat und im Fachbereichsrat an.
- Zum HWP: Minister Pinkwart erklärte, dass es ohne Bundesmittel kein eigenes Länderprogramm in NRW geben werde. Forschungsprojekte aus NRW könnten sich um die Bundesmittel bewerben, die im Bundesbildungsministerium aufgelegt würden.

Minister Pinkwart hat weitere Gespräche angeboten.

Bericht Frauenfrühstück der SPD-Landtagsfraktion am 27.10.2005 (Gabriele Kirschbaum)

Den Vorsitz hat Gerda Kieninger inne. Thema des Treffens war die Frauenpolitik der neuen Regierung und die Konsequenzen für die Fraueninfrastruktur in NRW. Der Arbeitskreis Frauenpolitik der SPD plane eine Aktion im Landtag, um die Folgen des Abbruchs der frauenpolitischen Unterstützung für die betroffenen Organisationen und Einrichtungen zu verdeutlichen.

Gespräch mit Karl Schultheis, wissenschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, am 22.03.2006 (Gabriele Drechsel)

Für die Sprecherinnen nahmen Gabriele Drechsel und Gabriele Kirschbaum teil. Das Gespräch kann als konstruktiv bewertet werden. Herr Schultheis habe Interesse an einer engeren Zusammenarbeit angedeutet und Tipps zur Lobbyarbeit auf Landtagsebene gegeben.

Das Hochschulfreiheitsgesetz werde von der SPD abgelehnt, die derzeit auch eine Verfassungsklage prüfe. Besonderer Kritikpunkt sei für die SPD die Ausgestaltung des Hochschulrates (auch Landtagsabgeordnete sollten im Hochschulrat sein, um einer Entfremdung von Landtag und Hochschulen entgegen zu wirken; Hochschulrat habe gesamte Steuerung, aber keine Haftungsverantwortung). Die SPD beklage eine Vernachlässigung bildungspolitischer zugunsten wirtschaftspolitischer Interessen.

Die Mitarbeiterin der Koordinierungsstelle, Frau Künnecke, geht Mitte April in den Mutterschutz und wird anschließend voraussichtlich bis Ende des Jahres Elternzeit nehmen. Eine Mitarbeiterin für die Mutterschutz- und Elternzeitvertretung sei gefunden und werde baldmöglichst ihre Arbeit in der Koordinierungsstelle an der FH Köln aufnehmen.

Im Namen der Sprecherinnen und der LaKof NRW dankt Gabriele Drechsel Frau Künnecke mit einem Blumenstrauß für ihre Arbeit in der Koordinierungsstelle und wünscht für den Familienzuwachs und die bevorstehende Zeit alles Gute.

Arbeitsgruppe „Professorinnen an Fachhochschulen“ (Annette Moß)

Die AG hat einen Flyer für Interessentinnen an einer FH-Professur erarbeitet und dem Sprecherinnengremium weitergeleitet.

Gabi Drechsel ergänzt für die Sprecherinnen, dass die Inhalte des Flyers in gekürzter Form auf der LaKof-Webseite veröffentlicht werden sollen. Der Flyer solle in noch einmal überarbeiteter Form durch eine Mischkalkulation von beteiligten Hochschulen und LaKof in Druck gehen.

Kommission Klinika NRW (Marlies Diepelt)

Die Gleichstellungsbeauftragten der Klinika stehen in regelmäßigem Austausch. Zwei Kolleginnen nehmen aktuell ein Coaching-Angebot wahr.

Arbeitsgruppe „Satzung“ (Marlies Diepelt)

Die AG hat auftragsgemäß eine Vorlage für den Antrag auf Zulassung weiterer Teilnehmerinnen zum nicht-öffentlichen Teil der Vollversammlungen (gemäß Geschäftsordnung der LaKof) erarbeitet. Die Vorlage ist als Anlage beigefügt.

Kommission für studentische Angelegenheiten KostA (Marta Pello-Garcia)

KostA hat bislang zweimal getagt und dabei vor allem die Themen Studierendenauswahl und Studiengebühren behandelt. Am 05./06.04.2006 führt die Kommission eine Klausurtagung in Hagen durch zum Schwerpunktthema Hochschulfreiheitsgesetz.

Netzwerk Frauenforschung (Dr. Beate Kortendiek)

- Die Berichterstatlerin weist auf die Webseite zu den Kinderbetreuungsmöglichkeiten an NRW-Hochschulen hin: <http://www.kinderbetreuung-hochschulen.nrw.de>. Die Gleichstellungsbeauftragten werden gebeten, Aktualisierungen an Frau Dr. Kortendiek zu melden. Ein entsprechender Fragebogen zur Aktualisierung werde über die Koordinierungsstelle noch einmal an alle Gleichstellungsbeauftragten versandt.
- Frau Dr. Kortendiek weist auf die bereits erwähnte Studie zu Gender Modulen in Akkreditierungsverfahren hin. Ein Ergebnis sei u.a., dass die Akkreditierungsagenturen nur die Vorgaben überprüften, die sich die Hochschule selbst gebe.
- Die Zeitschrift für Frauenforschung wird an die Koordinierungsstelle des Netzwerks Frauenforschung angegliedert.
- Das Netzwerk Frauenforschung möchte sich mit der LaKof darüber verständigen, ob von der Landesregierung NRW noch einmal in einer gemeinsamen Erklärung ein ländereigenes HWP-Nachfolgeprogramm gefordert werden solle.

2) Berichte von der Bundesebene

Vorstand der BuKoF (Gabriele Kirschbaum)

Vom 03.-05.02.2006 fand eine Klausurtagung des Vorstands statt.

Am 05.05.2006 wird der Vorstand ein Gespräch mit der Bundesministerin Schavan führen.

Themen der Vorstandsarbeit in den letzten Monaten: HWP – sehr unterschiedliche Länderreaktionen; Mitarbeit in der HRK-Projektgruppe „Frauen in der Wissenschaft“; Akkreditierungsrat habe bei Prozessakkreditierung Prüfkriterium Gender drin; Zukunft CEWS; Wissenschaftstarifvertrag; neues Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung der DFG.

Die BuKoF-Jahrestagung 2006 findet vom 20.-22.09.2006 in Berlin statt.

Die BuKoF-Jahrestagung 2007 findet vom 17.-19.09.2007 in Bad Boll statt.

Die Protokolle des **erweiterten Vorstands der BuKoF** können bei Interesse bei der Koordinierungsstelle angefordert werden.

Bundeskommision MTV (Gabriele Hillebrand-Knopff)

Im Mai 2006 soll eine gemeinsame Tagung mit der BuKoF-Kommission „Personalstruktur“ stattfinden.

Die Gewerkschaften ver.di + GEW als auch die Arbeitgeberseite hätten keine einheitliche Position, wie ein Tarifvertrag öD/ Wissenschaftstarifvertrag aussehen soll. Die Kommission MTV hat auf ihrer Sitzung am 17.03.06 eine Stellungnahme zur Entgeltordnung verabschiedet, die an den BuKoF-Vorstand zur Beratung gehen wird. Gabriele Hillebrand-Knopff weist darauf hin, dass familienbezogene Zulagen in die neuen Stufen der Entgeltordnung eingearbeitet seien, die Anfangsgehälter seien entsprechend angehoben.

Bundeskommision „Personalentwicklung beim wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchs“ (Dr. Ute Zimmermann)

Die Kommission arbeitet weiterhin an der Erstellung einer Handreichung zur geschlechtergerechten Personalentwicklung im Wissenschaftsbereich. Die nächste Kommissionssitzung ist am 08.05.2006 in Bremen.

Bundeskommision „Sexualisierte Diskriminierung und Gewalt“ (Nadine Telljohann)

Die Kommission hat ihre Anträge von der letzten BuKoF-Jahrestagung überarbeitet, zusammengefasst und wird diese in den erweiterten Vorstand am 12.05.06 zur Verabschiedung einbringen.

Bundeskommision „Frauenförderung im Bereich der Klinika“ (Marlies Diepelt)

Die Jahrestagung 2006 der Kommission Klinika findet vom 29.6.-01.07.2006 in Gießen statt.

Bundeskommision „Hochschul- und Wissenschaftsprogramm“ (Dr. Ute Zimmermann)

Das letzte Treffen fand im November 2005 statt.

Einige Bundesländer (Rheinland-Pfalz, Berlin, Baden-Württemberg) wollten ein Landesprogramm zur Frauenförderung auflegen, allerdings drohte bei allen – außer Berlin – dass die Exzellenzinitiative diese Mittel beanspruchen würde. Einige Länder (Sachsen-Anhalt, Bremen) sehen die Mittel direkt für die Exzellenzinitiative vor oder legen keine Landesmittel auf (Brandenburg).

Bundeskommision „Frauenförderung und Frauenforschung an Fachhochschulen“ (Gabriele Drechsel)

Die Jahrestagung 2006 findet vom 17.-19.05.2006 an der FHW Berlin statt. Das Thema lautet: „Karriere für Fachhochschulabsolventinnen! Gleichstellungsrelevante Erfahrungen und Perspektiven mit Bachelor-/Master-Abschlüssen“. Das genaue Tagungsprogramm kann auf den Webseiten der BuKoF eingesehen werden: <http://www.bukof.de>.

Bundeskommision „Europa“ (Gabriele Kirschbaum)

Die neu gegründete Kommission traf sich zur ersten Sitzung am 21.02.2006 an der Universität Dortmund. Die nächste Sitzung findet am 15.05.2006 an der FH Dortmund statt. Interessentinnen sind zur Mitarbeit herzlich willkommen.

Bundeskommision „Berufsbild der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten“ (Gabriele Kirschbaum)

Die neu gegründete Kommission traf sich zur ersten Sitzung am 17.03.2006 an der FU Berlin. Eine Übersicht über die unterschiedlichen Positionierungen hinsichtlich Rechten und Pflichten sowie Besoldungseingruppierung der GB's gemäß der verschiedenen LGG's soll erstellt und daraus ein „Professionalisierungsmodell GB“ entwickelt werden. Die nächste Sitzung findet am 30.06.2006 an der FH Hannover statt. Interessentinnen sind zur Mitarbeit herzlich willkommen.

3) Berichte aus den Hochschulen

4) Neue und ausgeschiedene Gleichstellungsbeauftragte

Marlies Diepelt begrüßt im Namen der Sprecherinnen die neuen Gleichstellungsbeauftragten im Kreise der LaKof (Liste siehe Anlage) und verabschiedet die ausgeschiedenen Kolleginnen.

Sanda Grätz verabschiedet die Gäste des öffentlichen Teils. Mit TOP 7 tagt die Vollversammlung nicht-öffentlich weiter.

TOP 8: Verschiedenes / Termine

- Die Herbst-LaKof 2006 wird am 18./19. Oktober 2006 stattfinden. Ein Tagungsort wird noch gesucht, Vorschläge sind willkommen.
- Die Sprecherinnen danken der Moderatorin und Gastgeberin Sanda Grätz.

Anlagen:

- Teilnehmerinnenliste
- Vorlage für den Antrag auf Zulassung weiterer Teilnehmerinnen zum nicht-öffentlichen Teil der Vollversammlungen
- Liste der neuen und ausgeschiedenen Gleichstellungsbeauftragten
- Referat von Klemens Himpele, FIBS
- Referat von Cort-Denis Hachmeister, CHE